

- Es gilt das gesprochene Wort! -

FDP-FW-Fraktion im LWL

Stephen Paul, Fraktionsvorsitzender

Wortbeitrag zum Haushalt 2017

in der Landschaftsversammlung am 2. Februar 2017

Herr Vorsitzender Dieter Gebhard,

Herr Direktor Matthias Löb,

Kolleginnen und Kollegen in der Landschaftsversammlung,

was war das für ein Aufschrei in Westfalen-Lippe! Als der Landesdirektor im Herbst seine ersten Pläne für die Erhöhung der LWL-Umlage vorstellte, war die Empörung groß. Auch wir mussten tief Luft holen, überrascht war wir von dieser Entwicklung jedoch nicht.

In einer ersten öffentlichen Stellungnahme hat unsere Fraktion den Landesdirektor auch gleich in Schutz genommen. Denn mit ihrer Umlageforderung stellen Matthias Löb und Dr. Georg Lunemann ja nur die Rechnung aus. Die Rechnung für eine Sozialpolitik in Land und Bund, die immer neue Leistungsansprüche schafft und den Kreis der Leistungsberechtigten tendenziell ausweitet.

Diese in jüngster Zeit beschlossenen Sozialgesetze lösen einen zusätzlichen Millionenaufwand in unserem Haushalt aus. Wir kritisieren, dass weder Land noch Bund für einen dauerhaften, auskömmlichen finanziellen Ausgleich sorgen. Die kommunale Familie bezahlt die gutgemeinte Sozialpolitik in Land und Bund und verliert dadurch zunehmend die Möglichkeit zur kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge.

Wir erinnern uns: Der Widerstand gegen die zunächst vom Landesdirektor angemeldete Umlageerhöhung war stark und recht laut. Und das alles in einer Phase positiver Wirtschaftsentwicklung, hoher Beschäftigtenzahlen, von Rekordsteuereinnahmen und niedrigen Zinsen. Wir erleben Bürgermeister von der CDU und der SPD, die auf den LWL zeigen und damit vor Ort ihre Grund- und Gewerbesteuererhöhungen öffentlich begründen. Wie sieht das im Verhältnis von LWL und Kommunen in den nächsten Jahren mal aus, wenn die Gesamtlage nicht mehr so günstig ist? Und in der Finanzplanung kann jeder Interessierte ja auch schon sehen, dass mit einem weiteren Umlageanstieg in den nächsten Jahren gerechnet werden muss.

Es sollte mal grundsätzlich darüber gesprochen werden: Originär zuständig für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist nach unserer Verfassung bekanntlich das Land. Wie die Städte und Gemeinden und die Kreise erhält auch unser kommunaler Landschaftsverband Zuwendungen des Landes. Was er vom Land nicht erhält, muss er sich über die Umlage von seinen Kommunen holen, da er ansonsten ja keine eigenen Steuerquellen hat.

Die Kommunen beklagen in NRW ja schon seit Langem, dass sie vom Land unterfinanziert sind. Obwohl es in unserem Land einen recht hohen Kommunalisierungsgrad öffentlicher Leistungen gibt, ist die Verbundquote, also der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes, im Ländervergleich gering. Gerade einmal 23

Prozent der Steuereinnahmen des Landes gehen überhaupt in die Verteilung über das Gemeindefinanzierungsgesetz.

Dieses bescheidene Bild erkennen wir auch bei der Refinanzierung des LWL und seiner öffentlichen Aufgaben und darüber muss mit der Landesregierung mal grundsätzlich gesprochen werden.

Wir sehen mit Sorge, dass die Kommunen mittlerweile gut zwei Drittel der Einnahmen des LWL selbst aufbringen müssen. Vom Land erhält der LWL gerade einmal noch 14,4 Prozent seiner Einnahmen als Schlüsselzuweisungen. Also nur noch jeden siebten Euro. Das waren mal deutlich mehr und ist über die Jahre und Jahrzehnte immer weniger geworden.

Ich wiederhole, das Land ist verfassungsgemäß zuständig für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen und damit auch des kommunalen Landschaftsverbands zu sorgen!

Stattdessen erleben wir hier in jüngster Zeit, dass das Land sich einen schlanken Fuß macht und uns jetzt sogar zwingt Schulden zu machen. Nichts anderes ist doch das Programm "gute Schule 2020". Anstatt die Mittelzuweisungen für die dringend notwendigen Investitionen in unsere kommunalen Schulen endlich zu erhöhen, wird uns ein Programm angeboten, mit dem wir selbst Kredite bei der NRW.Bank aufnehmen müssen, um überhaupt Geld für unsere Schulen zu erhalten.

Bei den Krankenhäusern unseres LWL-Psychiatrieverbundes das selbe Bild: Auch die

Baupauschale des Landes reicht überhaupt nicht aus, um die notwendigen Investitionen damit zu stemmen. Vielmehr erwirtschaftet der Psychiatrieverbund überwiegend selbst die Mittel und der LWL stellt weitere Gelder bereit, um für den Erhalt und Neubau unserer Kliniken und anderen Einrichtungen zu sorgen. Aus eigener Kraft ist es so auch in den letzten Monaten gelungen, wichtige große Bauvorhaben erfolgreich zu realisieren. Etwa das neue 216 Betten-Haus der Klinik Dortmund, mit dem unser Bau- und Liegenschaftsbetrieb voll im Kostenplan geblieben ist.

Es ist aber nicht nur die spärliche Finanzausstattung durch das Land, es ist auch die Entwicklung der letzten Jahre bei unseren Unternehmensbeteiligungen, die dem LWL zusetzt und seine finanzielle Leistungsfähigkeit dauerhaft schwächt.

Sie werden sich erinnern, dass wir auf die finanziellen Risiken aus diesen Beteiligungen für den LWL immer und immer wieder hingewiesen haben. Wir haben hier wiederholt vorgeschlagen und beantragt, rechtzeitig aus diesen Beteiligungen auszusteigen.

Stattdessen hat der LWL hohe Beteiligungswerte abschreiben und Verluste machen müssen. Sie merken schon, ich spreche dieses traurige Thema aus gegebenen Interessen hier äußerst vorsichtig an.

Wir begrüßen es, dass nun endlich, wo der Aktienkurs im Keller und die Erträge aktuell gegen Null gehen, die kommunalen Beteiligungsgesellschaften bei der RWE aufgelöst werden.

Man könnte schmunzeln, dass nun der selbe Mann, der uns als LWL-Direktor hier noch erklärt hat, wie kommunalwirtschaftlich bedeutsam und verbandspolitisch wertvoll die LWL-Beteiligung an RWE ist, dass nun dieser ehemalige Landesdirektor als Berater selbst daran mitwirkt, die Scherben dieser Beteiligungspolitik zusammen zu kehren und die kommunalen Beteiligungsgesellschaften aufzulösen. Das ist in Persona ein Symbol für diese ganze verfehlte Beteiligungspolitik und irgendwie ein Treppenwitz der westfälischen Landesgeschichte, wenn es alles nicht so traurig für den LWL und die kommunale Familie so teuer geworden wäre.

Wir entscheiden nun gleich über den Haushalt und die Finanzplanung und die Höhe des Umlagebeitrages unserer Kommunen. Die FDP-FW-Fraktion wird am Geschehen beim LWL weiter konstruktiv mitwirken und will mit dafür sorgen, dass es hierfür gleich eine breite Mehrheit und damit Rückhalt für den LWL-Direktor und seine Verwaltung gibt. Wir werden daher der Festsetzung des Umlagesatzes auf 17,4 Prozent zustimmen und erkennen damit die Konsolidierungsanstrengungen und die Rücksichtnahme auf die Finanzlage in den Kommunen Westfalen-Lippes an. Wir werden auch dem Haushalt und der Finanzplanung grundsätzlich zustimmen.

Dem Antrag der Linken, die Umlage noch höher festzusetzen und gut 25 Millionen Euro zusätzlich bei den Kommunen einzukassieren, können wir nicht zustimmen.

Auch nicht dem sogenannten Begleitbeschluss der beiden Mehrheitsfraktionen. Wir erkennen darin inhaltlich nichts Neues, so gilt etwa der Grundsatz ambulant vor stationär ja

hier schon seit über zehn Jahren, wenn Sie mal an die von uns allen mitgetragenen Rahmenzielvereinbarungen mit den großen Verbänden der Wohlfahrtspflege denken. Auch mit Blick auf einige recht unglückliche Formulierungen in dem Beschlussvorschlag, in denen ein Misstrauen in die Verwaltung zum Ausdruck kommt, haben wir entschieden, hier nicht mitstimmen zu wollen. Der Beschluss soll ja vermutlich auch eher in ihre eigenen Reihen wirken.

Für das neue Haushaltsjahr wünschen wir dem Landschaftsverband, seinem Verwaltungsvorstand und seinen vielen tausend tüchtigen Mitarbeitern, eine gute Hand und recht viel Erfolg! Danke.